

Tschetschenien

Russischer Vorstoss in den Kaukasus

Die Tschetschenen sind eines der ältesten Völker des Nordkaukasus. Ihre soziale Basis beruht auf der Sippeneinheit mit zwei bis drei Siedlungen und einem gemeinsamen Ahnen (12 Generationen). Die Gesellschaftsstruktur war egalitär; es gab weder Adel noch Fürstenherrschaft. Zwischen dem 10. und 13. Jahrhundert erfolgte die Bekehrung zum Christentum. Im 16. Jahrhundert setzte sich der Islam durch.

Russland errichtete 1559 einen ersten Stützpunkt in Tschetschenien. 1587 entstand ein erstes Kosakenheer in der Region. Die Kontakte blieben lange friedlich. Mit der Ausdehnung der Kosakensiedlungen, gegenseitigen Ueberfällen, der Anlage russischer Festungen und der militärischen Durchdringung des Kaukasus änderte sich dies.

Bereits 1707 gab es einen Jihad (Heiligen Krieg) gegen die Russen. Die Festung Grosny wurde 1818 vom Oberkommandierenden der russischen Kaukasusarmee als Stützpunkt für Strafexpeditionen gegen die Bergvölker angelegt. Sie blieb eine überwiegend von Russen bewohnte Stadt.

Die Tschetschenen leisteten gegen die russische Kolonialpolitik vehementen Widerstand. Ein Scheich organisierte schon Ende des 18. Jahrhunderts die Bergvölker des Nordkaukasus. Ein weiterer Widerstandskrieg war 1832 - 1859 unter dem Imam Schamil. Nach der Niederwerfung des Widerstands verliess etwa ein Fünftel der Tschetschenen ihre Heimat (Türkei, Naher Osten).

Nach der Revolution von 1917 gab es verschiedene Versuche zur Staatsbildung, z.B. 1920 die Republik der Bergvölker. 1922 entstand ein tschetschenisches, 1924 ein inguschisches autonomes Gebiet. 1934/36 wurde die Tschetschenisch-Inguschetische ASSR gebildet. Es war die Zeit Stalins mit brutaler Kollektivierung, Verfolgung des Islam, Verhaftungen und Hinrichtungen.

Während des Zweiten Weltkriegs kam es 1943/44 zur Massendeportation kaukasischer Völker (Karatschaier, Tschetschenen, Inguschen, Balkaren). Die Siedlungen in den entsprechenden Gebieten wurden von Einheiten der Armee oder des Geheimdienstes (NKWD) umstellt, die Bewohner zusammengetrieben und in Lastwagen zur nächsten Bahnstation transportiert, von wo aus die Deportationen ihre

Fortsetzung nahmen.

Bei den Tschetschenen und Inguschen wurde eine List angewandt, um die völlig ahnungslose Bevölkerung zu überrumpeln. Am 23. Februar 1944 platzten bewaffnete Soldaten mitten in die Feiern zum Tag der Roten Armee, zu denen die Bevölkerung in die Dörfer und Städte geströmt war. Ein Dekret über die völlige Deportation der Tschetschenen und Inguschen wurde verlesen. Während die Männer festgehalten wurden, hatten die Frauen das Nötigste für die Reise zu packen und ihre Kinder zu holen. Wer Widerstand leistete oder flüchten wollte, wurde erschossen.

Die Menschen wurden in Frachtzüge gezwängt. Der Proviant für die mehrere Tage dauernde Reise war völlig unzureichend, und noch während der Fahrt brachen Seuchen aus. Die Deportierten trafen in den ihnen zugewiesenen Siedlungsgebieten in Zentralasien auf unmenschliche Bedingungen. Es gab keinen Wohnraum. Infektionskrankheiten, ungenügende Ernährung und ungewohnte klimatische Verhältnisse führten zu einer sehr hohen Sterberate. In der Heimat der Verbannten wurden die Spuren der Einheimischen getilgt. Die autonome Sowjetrepublik der Tschetschenen und Inguschen verschwand von der Landkarte; an ihrer Stelle wurde eine Provinz Grosny gebildet. Zahlreiche Ortschaften erhielten neue Namen. Verlassene Dörfer wurden niedergebrannt oder russisch besiedelt.

Neuere Berechnungen kommen auf rund 600'000 Deportierte aus dem Nordkaukasus, von denen bis 1949 rund ein Viertel umkamen. Eine Begründung für die Aktionen wurde erst 1946 nachgeliefert. In einem Dekret des Präsidiums des russischen Obersten Sowjets wurden die Tschetschenen des Vaterlandsverrats und der Kollaboration mit Deutschland bezichtigt. Zwar kämpften mehrere tausend Nordkaukasier in deutschen Truppenverbänden, doch auch in der Roten Armee waren Angehörige dieser Nationalitäten zahlreich vertreten. Eine Kollektivschuld ganzer Völker ist unhaltbar. Der sowjetischen Führung schien die kollektive Verbannung das geeignete Mittel zu sein, um die Probleme mit der traditionell widerspenstigen muslimischen Bergbevölkerung, die sich beispielsweise erfolgreich gegen die Kollektivierung wehrte, zu "lösen". Die Politik der Verbannung ganzer Bevölkerungsgruppen hatte in der Sowjetunion ihre Vorläufer: die Vernichtung und Vertreibung der Kulaken zur Zeit der Kollektivierung, die Umsiedlung

von 180'000 Koreanern aus dem Fernen Osten der UdSSR nach Zentralasien und jene der Wolgadeutschen im Jahre 1941. Nach den Nordkaukasiern wurden 1944 auch die Krimtataren und die georgischen Mescheten deportiert.

Entgegen der ursprünglichen Absicht der Sowjetführung hatte die Verbannung keinen Bestand. Nach Stalins Tod begann eine illegale Rücksiedlungsbewegung. Chruschtschow kritisierte in seiner Geheimrede auf dem 20. Parteikongress die Deportationen als Verletzung grundlegender Prinzipien der leninistischen Nationalitätenpolitik. 1957 gab es für die Nordkaukasier und die ebenfalls deportierten Kalmücken die Möglichkeit zur Rückkehr. Nicht unerwartet kam es zu teilweise blutigen Konflikten mit der inzwischen angesiedelten Bevölkerung.

Zusammenbruch der Sowjetunion

Bis Anfang der neunziger Jahre dominierten in den Parteigremien der tschetschenisch-inguschetischen ASSR Angehörige der russischen Bevölkerungsminderheit. Nach dem Kollaps des Sowjetkommunismus 1991 sagte sich Tschetschenien von Russland los. Im Oktober 1991 wurde der ehemalige Sowjetgeneral Dschochar Dudajew zum Präsidenten Tschetscheniens gewählt. Jelzin erlitt schon Ende 1991 eine erste aussenpolitische Niederlage, als er diese Wahl nicht anerkannte. Andererseits war Dudajew ein politischer Abenteurer. Ein Umsturzversuch gegen ihn scheiterte im März 1992. Die Opposition stammte vor allem aus der hauptstädtischen Intelligenzia und aus Geschäftsleuten und wirtschaftlichen Führungsgruppen, während die Anhänger Dudajews eher aus der ländlichen Bevölkerung und der Jugend kamen.

Der Machtkampf erreichte im April 1993 seinen Höhepunkt. Dudajew löste per Dekret das Parlament auf, nachdem dieses ein Misstrauensvotum gegen ihn gestellt hatte, und verfügte ein Präsidialregime. Parlament und Verfassungsgericht der Republik qualifizierten diesen Akt als Staatsstreich. Auf zwei Plätzen der Hauptstadt Grosny, dem Platz der Freiheit und dem Theaterplatz, standen sich die beiden politischen Lager wochenlang feindselig gegenüber. Andere Teile der Bevölkerung forderten sowohl den Rücktritt des Präsidenten als auch die Auflösung des Parlaments. In einigen Rayons der Republik - im Terek-Rayon, in Gudermes

u.a. - entstanden separatistische Bewegungen.

Als das Parlament zu einer für den 5. Juni angesetzten Volksbefragung über Neuwahlen und die Abschaffung des Präsidentenamts aufrief, verhinderte Dudajew deren Durchführung mit militärischen Mitteln. Am 4. Juni liess er das Rathaus von Grosny von der Nationalgarde stürmen und die Abstimmungszettel vernichten. Auch das Protestlager auf dem Theaterplatz wurde gewaltsam aufgelöst.

Das tschetschenisch-russische Verhältnis ist schwer einzuschätzen, weil fast alle Informationen über das Land aus russischen Quellen geschöpft werden. Tschetschenische Politiker und Journalisten beschwerten sich darüber, dass die russische Öffentlichkeit über die Entwicklungen im Kaukasus falsch informiert wird und selbst in der liberalen Presse Russlands Vorurteile und verzerrte Wahrnehmungen dominieren. In bezug auf "die Kaukasier" machen sich in weiten Teilen der russischen Gesellschaft rassistische Stereotypen bemerkbar.

Tschetschenien enthielt sich der Unterzeichnung des Föderationsvertrags am 31. März 1992 und beteiligte sich nicht am allrussischen Referendum zur Person und Politik des Präsidenten Jelzin. Die Republik legte sich Attribute der Eigenstaatlichkeit zu (Verfassung, Flagge, Hymnen, Briefmarken).

Russland bestrafte den Separatismus mit Wirtschaftsblockaden. Eine reale Sezession Tschetscheniens würde wichtige Verbindungen zwischen Russland und dem Kaukasus unterbrechen (Eisenbahnlinien, Pipelines, Strassen). Es kam zu ergebnislosen Verhandlungen. Verschiedene politische Kräfte in Russland mischten sich in den Machtkampf in Tschetschenien ein.

Ausbruch des ersten Tschetschenienkriegs

Am 11. Dezember 1994 liess Moskau bewaffnete, von Panzern begleitete Verbände in Tschetschenien einmarschieren. Am 14. Dezember bombardierten russische Jäger Grosny. Am 20. Dezember versuchten die Russen, Grosny einzukesseln. In den folgenden Wochen kam es zu einem erbitterten Ringen um die tschetschenische Hauptstadt, die in Schutt und Asche fiel. Die Truppen Dudajews zogen sich in die Berge zurück.

Am 14. Juni 1995 überfielen Tschetschenen in der südrussischen

Stadt Budjonnowsk mehrere Regierungsgebäude und nahmen mehr als 200 Personen als Geiseln. Der russische Ministerpräsident Tschernomyrdin erklärte sich bereit, die Geiseln in Bussen nach Tschetschenien fahren zu lassen. Dort wurden die letzten Geiseln am 20. Juni freigelassen.

Das von Vertretern der russischen Regierung und der tschetschenischen Separatisten unter OSZE-Vermittlung am 30. Juli 1995 in Grosny unterzeichnete Militärabkommen, das u.a. die sofortige Einstellung der Kämpfe, die weitgehende Entwaffnung der Tschetschenen und den schrittweisen Abzug des grössten Teils der russischen Truppen vorsah, führte zunächst zu einer gewissen Beruhigung. Ab Oktober 1995 wurden indessen die Kämpfe mit neuer Heftigkeit fortgesetzt.

Moskau setzte mit Doku Sawgajew einen prorussischen Regierungschef ein. In einem am 8. Dezember 1995 zwischen dem russischen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin und Sawgajew unterzeichneten Abkommen wurde die Kaukasusrepublik als integraler Bestandteil der Russländischen Föderation bezeichnet. Tschetschenien war zur Achtung der russländischen Verfassung und Gesetze verpflichtet. Tschetschenien bekam eine gewisse Autonomie im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich. Unter irregulären Bedingungen wurde Sawgajew zum tschetschenischen Präsidenten gewählt. Heftige Kämpfe zwischen Separatisten und Russen waren die Folge. Im Februar 1996 demonstrierten in Grosny Tausende von Tschetschenen gegen die russische Militärpräsenz und für die Unabhängigkeit. Am 15. Februar sprengten russische Einheiten den Präsidentenpalast in Grosny, das Symbol des tschetschenischen Widerstands. Die OSZE prangerte in einem Bericht die schweren Menschenrechtsverletzungen durch die russischen Truppen an. Den Russen wurden Plünderungen, Raub, Brandstiftung und Willkür vorgeworfen, den tschetschenischen Widerstandskämpfern die Geiselnahme von Zivilisten.

Am 27. Mai 1996 unterzeichneten Tschernomyrdin und der tschetschenische Separatistenführer Selimchan Jandarbijew (Dudajew war am 21. April bei einem russischen Raketenangriff ums Leben gekommen) in Moskau in Anwesenheit von Präsident Jelzin, dem prorussischen Präsidenten Sawgajew und dem Leiter der OSZE-Mission in Grosny, dem Schweizer Tim Guldemann, eine Waffenstillstandsvereinbarung, die aber nicht eingehalten wurde.

6

Alexander Lebed, der neue Sicherheitsberater Jelzins, und Aslan Maschadow, der Stabschef der tschetschenischen Widerstandskämpfer, handelten am 22. August 1996 einen neuen Waffenstillstand aus. Bis am 1. September waren die Einheiten beider Seiten aus Grosny weitgehend abgezogen. Für den politischen Status Tschetscheniens sollte bis 2001 eine Lösung gefunden werden.

Keine Ruhe im Kaukasus

Der Nordkaukasus blieb Russlands unruhigste Region. Dies gilt für Tschetschenien wie für Inguschetien und Dagestan. Entführung von Ausländern ist zum florierenden Geschäft geworden. Schon vor dem Tschetschenienkrieg existierte im Nordkaukasus nur eine sehr fragile öffentliche Ordnung. Ethnische Spannungen führten immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

Die ursprünglichen Banden wurden inzwischen gut bewaffnete, autonom agierende Gruppierungen. Dem pragmatischen Präsidenten Maschadow (anfangs 1997 gewählt) gelang es nicht, diese Gruppierungen einer zentralen Kontrolle zu unterstellen. In dem von Clan-Loyalitäten geprägten Tschetschenien war die Bereitschaft offizieller Stellen gering, dem Recht Nachachtung zu verschaffen.

Im Sommer 1999 spitzte sich die Lage im russischen Nordkaukasus gleich an mehreren Fronten zu: In der Teilrepublik Karatschai-Tscherkessien verschärfte sich der Streit um die Wahl eines neuen Republikchefs. Der nordossetisch-inguschische Territorialkonflikt drohte erneut aufzuflackern. Entlang der tschetschenisch-dagestanischen Grenze kam es täglich zu neuen Gefechten. Tschetschenische Bewaffnete führten unzählige Überfälle auf russische Posten aus, Polizisten wurden ermordet und Zivilisten gekidnappt. Die russischen Streitkräfte reagierten mit Artillerie- und Raketenangriffen. Inmitten des eskalierenden Kleinkrieges wurden weder der Kreml noch der tschetschenische Präsident Maschadow müde, ihre Bereitschaft zu einer Begegnung auf höchster Ebene zu erklären. Maschadow war indessen nur noch einer der Kleinfürsten im anarchischen Tschetschenien.

Anfangs August 1999 drangen "Rebellen" von Tschetschenien aus in Dagestan ein und besetzten einige Dörfer. Die russische Luftwaffe setzte Erdkampfflugzeuge zur Unterstützung der Bodentrup-

Ordnung und Disziplin

Die amerikanische Autorin *Anne Applebaum* zeichnet ein düsteres Bild von Russland unter Putin. Sie sieht den Präsidenten, der von einer Mehrheit seiner Landsleute äusserst geschätzt wird, als einen tief im Sowjetismus verhafteten Autokraten.

Als die Weltöffentlichkeit Ende der neunziger Jahre erstmals auf Wladimir Putin aufmerksam wurde, schien dieser Mann für viele ein Rätsel zu sein. Doch er war schon damals kein Unbekannter. Wir wussten beispielsweise, wer seine Helden waren. Nur wenige Wochen vor seiner Wahl zum russischen Präsidenten erwies er einem seiner Vorbilder die Ehre.

Alles war sorgfältig arrangiert. Der Schauplatz war bewusst gewählt: die Lubjanka, das einstige Hauptquartier des KGB und ein berüchtigtes Gefängnis, heute Zentrale des Inlandgeheimdienstes FSB. Auch der Zeitpunkt war mit Bedacht gewählt, nämlich der 20. Dezember, der (mittlerweile 82.) Jahrestag der Gründung der Tscheka, der Geheimpolizei Lenins. An diesem Tag und an diesem Ort, die auf das blutigste Kapitel der russischen Geschichte verweisen, enthüllte der Präsidentschaftskandidat feierlich eine Gedenktafel zur Erinnerung an Juri Andropow.

Da Putin sich anschickte, auf dem Wege demokratischer Wahlen an die Macht zu kommen, mutete das Vorbild Andropow auf den ersten Blick etwas merkwürdig an. Andropow war viele Jahre lang KGB-Chef gewesen, bevor er 1982 kurzzeitig Generalsekretär der KPdSU wurde, kann also nicht gerade als Wegbereiter des modernen Russland gelten. Doch er war nicht bloss ein grauer Funktionär. Er war (und ist noch heute) bekannt für seine leidenschaftliche Überzeugung, dass die darniederliegende sowjetische Wirtschaft durch «Ordnung und Disziplin» wieder auf die Beine kommen werde. «Ordnung und Disziplin» sollten mit KGB-Methoden durchgesetzt werden: lückenlose Überwachung von Dissidenten und mutmasslichen Handlangern ausländischer Interessen, absolute Kontrolle der staatlichen Medien, strenge Strafen für «Wirtschaftskriminelle», die ausserhalb der Planwirtschaft ihren Geschäften nachgehen.

Andropow wird noch heute bewundert: Die Ansicht, er sei «zu früh gestorben» und Gorbatschow habe dann alles vermässelt, ist unter vielen ehemaligen KGB-Angehörigen verbreitet. Einige sehen in Andropows vorzeitigem Tod sogar eine Verschwörung. «Sie haben ihn ausgeschaltet, ehe er seinen Auftrag ausführen konnte», erklärte mir ein ehemaliger KGB-Offizier vor einigen Jahren. Vielleicht hätten wir also nicht so überrascht sein sollen, dass Putin, der sich schon als Fünfzehnjähriger um Aufnahme in Andropows KGB beworben hatte, auch der erste postsowjetische Führer war, der sich un-

verhohlen zu Andropows Politik bekannte: Der Begriff «Ordnung und Disziplin» taucht auch in seinem Vokabular auf.

Das heisst aber nicht, dass Putin ein zweiter Andropow wäre. Er ist nicht einmal der erste postsowjetische Politiker mit Beziehungen zur Welt der Spionage und Repression. Beide Vorgänger im Amt des Ministerpräsidenten, Jewgeni Primakow und Sergej Stepaschin, waren ebenfalls ehemalige KGB-Agenten. Putin war auch kein russischer James Bond. Oleg Gordiewski, der ehemalige KGB-Doppelspion in England, äusserte sich abfällig über die «graue Masse von Offizieren» wie Putin, die an Orte wie Dresden abkommandiert wurden, dem einzigen Auslandseinsatz des russischen Präsidenten. Laut Gordiewski gehörte Putin nicht einmal zu jener «kosmopolitischen Gruppe von Offizieren», die gegen Ende der achtziger Jahre für eine Neuorientierung des KGB eintraten. Er sei vielmehr ein loyaler Mitarbeiter auf der unteren Ebene gewesen.

KGB-Offiziere im Zentrum des Systems

Putin ist auch nicht allein verantwortlich für die Rückkehr der «Sonderdienste», die zu Beginn der neunziger Jahre einen Tiefpunkt erreicht hatten, nachdem Boris Jelzin sie wegen ihrer Beteiligung am Putsch gegen Gorbatschow praktisch mit Ausschluss bestraft hatte. Die meisten Beobachter datieren die Rückkehr des KGB nicht auf Putins Amtsantritt als Präsident (2000), sondern auf 1993. Das war das Jahr, in dem Jelzin Panzer gegen das Parlament einsetzte – und gleichzeitig befand, dass die zerstrittenen Demokraten in seiner Umgebung das Land nicht regieren konnten. Er brachte die Geheimdienste wieder an die Macht, um sich selbst und seine Familie zu schützen.

Putin vertritt aber eine andere Haltung gegenüber der Geheimpolizei. Im Unterschied zu Jelzin betrachtet er sich als einen von ihnen. Er war der erste russische Politiker, der sich offen als «Tschekist» bezeichnete, und der erste, der das fünfte Direktorat wieder einrichtete, die für die Überwachung politischer Dissidenten zuständige Abteilung, die nun den Namen Abteilung für Verfassungsschutz bekam.

Wichtiger als ihre ideologische Wiedererweckung ist jedoch die zunehmende physische Präsenz ehemaliger KGB-Offiziere. Pu-



Geheimpolizei-Gründer Lenin.



Ex-KGB-Chef Juri Andropow.



Ex-Präsident Boris Jelzin.



Im der «gelenkten Demokratie»: Wladimir Putin, Präsident Russlands seit 2000.

tin hat ihnen nicht nur ihren Einfluss zurückgegeben, er hat sie in das Zentrum des politischen Systems zurückgeholt. Olga Kryschtanowskaja, die Direktorin der Abteilung Eliteforschung an der Moskauer Akademie der Wissenschaften, weist darauf hin, dass 26 Prozent der 1016 führenden Politiker in Russland (die Abteilungsleiter im Kreml, alle Minister, sämtliche Mitglieder beider Parlamentskammern, die Chefs von Föderationsbehörden und regionalen Filialen von Exekutive und Legislative), also mehr als ein Viertel, offen erklärt hätten, im KGB oder einer seiner Nachfolgeorganisationen tätig gewesen zu sein. Wer genauer hinsieht, muss feststellen, dass 78 Prozent dieser Personen im Laufe ihrer Karriere irgendwie mit den Geheimdiensten zu tun hatten.

Praktisch heisst das, dass Russland heutzutage vollständig von Personen dominiert wird, die tief in der Kultur eines totalitären Geheimdienstes verwurzelt sind. Und das zeigt sich auch überall. In Form von Gesetzen, die die Tätigkeit ausländischer Organisationen in Russland streng einschränken, lebt die Paranoia vor Ausländern und ausländischem Einfluss wieder auf. Auch an Putin selbst kann man diese Einstellung beobachten: Nach dem Massaker von Beslan 2004 warf er Amerika vor, die tschetschenischen Terroristen zu unterstützen – da natürlich weder die Unfähigkeit der russischen Ordnungskräfte noch das durch Putins katastrophalen Krieg verursachte Chaos verantwortlich sein konnte. Anderen die Schuld zuzuschieben, ist gängige Praxis – sie ist weiter verbreitet, als die meisten Westler glauben. Die Behauptung, die Vereinigten Staaten finanzierten die tschetschenischen Terroristen, habe ich in Moskau mehr als einmal gehört.

Wahlergebnisse zurechtgebogen

Charakteristisch für die KGB-Mentalität ist vor allem aber ein tiefes Misstrauen gegenüber jeder legalen Opposition in Russland, denn nach überkommener Definition sind alle Gegner der Regierung Staatsfeinde. So erklärt sich, dass Putin seit seinem Amtsantritt ein System errichtet hat, auf das am besten der Begriff «gelenkte Demokratie» passt, den russische Politikwissenschaftler gern verwenden. Es handelt sich dabei um ein System, in dem Parteien gegründet und öffentliche Versammlungen stattfinden können und die Gedankenpolizei niemanden verhaftet, der sich über den Preis für Wurst beschwert – solange die Interessen des Kremls nicht ernsthaft berührt werden. Auch Wahlen sind möglich, wenngleich die staatlichen Behörden die Ergebnisse so zurechtbiegen, dass Putin und seine Verbündeten

glanzvolle Siege erringen (nicht, dass seine Gegner, von den Medien totgeschwiegen, überhaupt eine Chance hätten). Und natürlich wird jeder, der eine ernsthafte politische Opposition betreiben will, verhaftet, bekämpft – oder gar ermordet.

Nach dieser Logik endete die Karriere von Yukos-Chef Michail Chodorkowski. Chodorkowski wurde so lange akzeptiert, wie er sich brav an die Vorgaben hielt. Doch dann finanzierte er demokratische Parteien und Einrichtungen und stellte damit aus Sicht des Kremls eine Bedrohung dar. Wichtiger noch, er hatte die Öl- und Gasinteressen des Kremls herausgefordert und angefangen, mit den Amerikanern über Joint Ventures zu sprechen. Daraufhin wurde er verhaftet und in einem makabren, an Sowjetzeiten erinnernden Schauprozess zu Lagerhaft verurteilt, in der er wiederholt mysteriöse «Unfälle» hat.

Rückkehr der Paranoia

Nach derselben Logik gingen staatliche Behörden dazu über, das russische Fernsehen systematisch zu zerschlagen, das nun völlig in Staatsbesitz ist oder staatlich kontrollierten Unternehmen gehört, während gleichzeitig einige kremlkritische Zeitungen weiterhin erscheinen dürfen – solange sie nicht allzu viele Leser haben und die Journalisten sich einigermaßen zurückhalten. Anna Politkowskaja, die ausserordentlich couragierte Artikel über den mittlerweile fast vergessenen Tschetschenien-Krieg schrieb, wurde durchaus publiziert. Ihre Arbeiten erschienen in der Wochenzeitung *Nowaja Gaseta*, die in Moskau von einer halben Million gelesen wird und auch weiterhin erscheint – eine halbe Million intellektuelle Leser stellen im Grunde keine politische Gefahr dar, aber das Blatt hat ständig Probleme mit den Finanzbehörden, muss um seine Lizenz bangen – und seine Reporter kommen unter mysteriösen Umständen ums Leben. Chefredaktor Juri Schekotschichin starb 2003 nach einem merkwürdigen Allergiefall. Politkowskaja, die sich weltweit einen Namen gemacht und Einfluss gewonnen hatte, wurde 2006 ermordet. Ihr Mörder erschoss sie nicht nur am helllichten Tag, neben der Leiche im Fahrstuhl ihres Wohnblocks liess er auch seine Waffe liegen – übliche Praxis bei den arroganten Moskauer Auftragskillern und ein deutlicher Hinweis darauf, dass sich die Mörder ziemlich sicher fühlen konnten.

In der Tat: Wenn der Mord an Politkowskaja dem üblichen Muster folgte, wird kein einziger Verdächtiger verhaftet und der Täter nie vor Gericht gestellt werden. Die Lektion ist unmissverständlich. Es ist ja nicht immer notwendig, Millionen Leute umzubringen oder zu verhaften, um all die anderen einzuschüchtern. Seit der Verhaftung Chodorkowskis hat kein einziger russischer Oligarch es gewagt, eine politisch unabhängige Meinung zu äussern. Und dass nach der Ermordung Politkowskajas viele

russische Kollegen in ihre Fusstapfen treten und nach Grosny fahren, erscheint kaum vorstellbar.

In den vergangenen Jahren hat der neue KGB-Apparat für subtile Veränderungen in Russland gesorgt. Die allgemeine Paranoia ist wieder da. Als die amerikanische Zeitschrift *Foreign Affairs* Anfang des Jahres einen Artikel brachte, in dem darüber spekuliert wurde, welche Konsequenzen ein amerikanischer Atom-

Tragisch, aber wahr: In Russland ist es wieder gefährlich, offen zu sprechen.

angriff auf Russland oder China haben könnte, wimmelte es in Moskau sofort von Gerüchten über einen bevorstehenden Atomkrieg. Auch die Angst ist wieder da. Meine russischen Freunde zögern, am Telefon offen zu sprechen. Einige berichten von Besuchen von Agenten des Geheimdienstes FSB, die sich lebhaft für ihre ausländischen Bekannten und ihre Bankkonten interessiert haben. Ein Russe, der im letzten Frühjahr die USA besuchte, berichtete mir von seiner Überraschung, dass so viele Leute, in Washington und in Russland, ihn gefragt hätten, ob er wirklich heimkehren werde – «Hast du keine Angst?» ist eine Frage, die noch vor fünf Jahren niemand gestellt hätte. Tragisch, aber wahr: In Russland ist es wieder gefährlich, offen zu sprechen.

Erpresserische Energiepolitik

Parallel zu diesen innenpolitischen Veränderungen tut sich auch aussenpolitisch einiges: eine erpresserische Energiepolitik gegenüber dem «nahen Ausland» (und Westeuropa), Putins Bestrebungen, die Regierungen von Georgien und der Ukraine zu schwächen, und seine zunehmend undurchsichtige Rolle bei den Verhandlungen über das iranische Atomprogramm und den Nahostkonflikt. Dazu passt auch Putins jüngster Auftritt bei der Münchner Sicherheitskonferenz, auf der er den Vereinigten Staaten vorwarf, eine «monopolare» Weltherrschaft anzustreben (als ob das möglich wäre), und alle Fragen nach russischen Waffenlieferungen an den Iran vom Tisch wischte.

Westliche Kommentatoren und Politiker spekulierten daraufhin über die Bedeutung von Putins neuer Sprache, fragten sich, ob Russland einen neuen Weg einschlagen werde, ob Putin in Wahrheit zu seinem heimischen Publikum gesprochen habe oder ob seine Rede eine neue Politik ankündige. Doch das Einzige, was an Präsident Putin immer wieder überrascht, ist die Überraschung selbst. Wie gesagt, nichts ist wirklich neu, alles entspricht der Haltung, die Putin von Anfang an demonstriert hat.

Das Verhältnis des Westens zu Putin folgt einem alten Muster. Westliche Politiker haben ihre russischen Kollegen immer mit vielen Rätselfragen umgeben, sie haben Stalin als «Uncle Joe»

gefeiert, Breschnjew für seine «Berechenbarkeit» gelobt. Heute ist das nicht anders. Präsident George W. Bush sagte, er habe Putin in die Augen gesehen und festgestellt, dass er ihm vertrauen könne. Nur wenige Jahre zuvor, als Boris Jelzin sich zur Wiederwahl stellte, erklärte Präsident Clinton seinem russlandpolitischen Berater Strobe Talbott: «Dieser Mann muss unbedingt gewinnen.» Dabei wurde Jelzin im eigenen Land bereits mit schamloser Bereicherung und wirtschaftlichem Chaos in Verbindung gebracht. Trotzdem liess es sich der amerikanische Präsident nicht nehmen, noch während des Wahlkampfs nach Moskau zu fliegen, so wichtig war ihm der Sieg Jelzins.

Das ist schon merkwürdig. Schliesslich ergreifen amerikanische Präsidenten grundsätzlich nicht Partei im französischen Wahlkampf und schauen deutschen Bundeskanzlern auch nicht tief in die Augen – und umgekehrt. Auch wenn Jacques Chirac sich mit vielen seiner ausländischen Amtskollegen vermutlich gut versteht, mutet doch seltsam an, dass er seinen Geburtstag in Gesellschaft von Wladimir Putin feiern wollte. Schlimmer noch, die Feier sollte während des Nato-Gipfels in Lettland stattfinden, einem Land, das offiziell zu besuchen der russische Präsident bislang nicht für notwendig befunden hatte. Selbst französische Diplomaten fanden das resultierende Hin und Her peinlich.

Vielleicht verbirgt sich hinter diesem Bedürfnis, russische Politiker zu mythologisieren, eine Sehnsucht nach jenen prunkvollen Gipfelkonferenzen in der Zeit des Kalten Kriegs, die den Eindruck erweckten, als könnten die persönlichen Beziehungen zwischen den führenden Staatsmännern die Zerstörung des gesamten Planeten verhindern. Oder vielleicht hat jemand bei diesen eleganten Dinern im Kreml etwas in den Wodka getan. Wie auch immer, es wird Zeit, sich von dieser Denkweise zu verabschieden.

Natürlich kann es sein, dass Putins Nachfolger ein netter, freundlicher Mann ist. Denkbar ist auch, dass in gewissen Bereichen eine Zusammenarbeit mit ihm möglich ist, so wie das bei Putin gelegentlich der Fall ist. Aber wie freundlich und kooperativ und wie «demokratisch» Putins Nachfolger auch sein mag, wir können nur hoffen, dass es nicht sofort zu den üblichen Bekenntnissen immerwährender Freundschaft kommt. So würden wir zumindest vermeiden, wieder einmal unangenehm überrascht zu sein, wenn sich die Dinge anders entwickeln.

Anne Applebaum ist Kolumnistin der *Washington Post*. Ihr Werk «Der Gulag» wurde 2004 mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Im Extraheft «Reichtum» der *Weltwoche* (für Abonnenten oder am Kiosk) spricht Putins Banker Andrei L. Kostin über westliches Misstrauen, seinen Präsidenten und den Fall Chodorkowski (Seite 42).